

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheinensweise: wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die 6 gepalt. Colonne für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatangelegen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Settenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Auferstehen!

Der Tod ist eine unerbittliche Wahrheit, die jeder Annal früher oder später an sich erlebt. Bei vielen aber beginnt das Sterben, lange bevor der Pulsschlag stockt und die Herzstätigkeit ermattet. Sie gleichen zwar dem Neupfern nach den Lebenden, aber in der Werkstätte des Geistes ist die Arbeit eingestellt; das Herz ist kalt und leer geworden; die körperliche Arbeit erfolgt automatisch, ohne vom leitenden Willen besetzt zu werden. Es fehlt nicht an Krankheiten, die dieses allmähliche Sterben verursachen. Eine unverständige Verwöhnung von früherer Kindheit an, so daß die Seele gleich einer Treibhauspflanze bei den ersten rauhen Winden des Lebens dahin wehlt; blinde Bevormundung durch andere, die es nicht zu einer selbständigen Regelung im Innern kommen ließ; Unglück auf Unglück, dem nur eine geringe innere Kraft gegenüber stand, die dann auch zusammenbrach, Mangel an belebender Wärme des Verständnisses und der Liebe. Noch schlimmer, wenn sich die Finsternis über die ermattete Seele senkt, so daß sie in ihren Lebensäußerungen irreführt wird und das Böse und Gute vermischt! Diesen armen Sterbenden wird jede Stunde zum Leberdruck. Sie zählen nach Tausenden, deren Leben ein Sterben ist, wenn sie auch der Körperlichen Gesundheit und den Nerven nach noch weit von der letzten Lebensstunde entfernt sind.

Und doch besteht für sie alle die Möglichkeit des Auferstehens zu einem neuen kräftigen Dasein. Sie müssen nur fest daran glauben, daß sie leben können wie andere frisch und frohlich, daß auch sie schaffen können für andere, um diese dadurch glücklich zu machen. Fest glauben an den noch glühenden Lebensfunken und dann aus ganzem Herzen ihn zur Lebensflamme anzufachen wollen! Ein einziger kräftiger Wunsch zum Leben wirkt Wunder. Im Geiste erwartet die schlummernde Gedankenswelt; im Herzen steigt wärmeres Können auf, die Hände regen sich wieder zu besessener Arbeit. Das sterbende Innere erhebt sich zu neuem, freudigen, bewussten Leben und damit zur Liebe zum Leben.

Man das Leben glauben, auch wenn das Innere am Sterben ist, Leben für sich und andre — das Leben lieben, weil es zur Höhe führt — das heißt in Wahrheit: Auferstehen!
Maria Müller.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Nichts ist verderblicher für die ruhige Entwicklung des Wirtschaftslebens als wenn die Börse zu Gunsten irgend welcher Hintermänner sich in Manipulationen einläßt, die gerichtet sind, gewissen Wertpapieren der Industrie einen Kurswert zu geben, der mit dem tatsächlichen Stand des Ertrages in keinem Zusammenhang, ja sogar in einem krassen Mißverhältnis steht. An der Börse sieht in dieser Hinsicht eine Spekulation ein, vor der die Frankf. Ztg. warnen zu müssen glaubt. In erster Linie treffen die Kurstreiber die Aktien von Fabrikanten der Maschinen- u. c. Industrie. Ein Grund, warum diese Papiere im Kurs steigen, ist nicht abzuweisen; die Dividenden, die zur Verteilung gelangen, bieten keine Rechtfertigung für die spekulative Rückbildung, die naturgemäß mit großen Verlusten verbunden sind, hat ein beachtliches Vorgehen im Gefolge. Die Gefahr ist um so größer, als auch die Werke selbst betroffen werden; wo nämlich ihr Kredit bei einem eventl. Kursrückgang; was das heißt, kann der ermessen, der die komplizierten vielverschlungenen Pfade unserer Kreditwirtschaft kennt.

Gerade die Metallindustrie, die ja gegenwärtig durch die verschiedenen Schuldauflösungen ständig in Unruhe gehalten ist, kann am wenigsten weitere Vermögensverluste erdulden. Die Lage ist ja im allgemeinen keine ungünstige, doch liegt zu besonderen Hoffnungen absolut kein Anlaß vor.

Dies geht schon aus der Lage des Arbeitsmarktes in der Metallindustrie im Monat Februar hervor, der eine Verschlechterung gegen den Vormonat aufweist. Im Januar 1911 kommen auf 100 offene Stellen 232 Arbeitsgesuche, im Februar dagegen 250. Diese Zahl bedeutet gegen den gleichen Monat des Vorjahres eine Verringerung. Die Arbeitsgesuche betragen da 264. Noch unangünstiger stellt sich das Bild, wenn wir die Metallarbeiter allein betrachten — also unter Ausschluß der Schmiede, Maschinen-, Maschinenbau- und sonstiger Eisenarbeiter. Die Zahl der Vermittlungen betrug von den 752 Arbeitsnachweiser, die an das Reichsarbeitsblatt ihre Berichte eingesandt hatten, 726; die entsprechende Zahl des Vormonats lautete 569. Wie sich gerade gegen diesen der Arbeitsmarkt verschlechtert hat, ist am besten aus der Tatsache zu erkennen, daß die Zahl der Arbeitsgesuche sich im Februar um 210 erhöht hat. Im Januar 1911 betrug sie 236, im Februar dagegen 446. Diese Zahl ist auch ungünstiger gegen den gleichen Monat des Vorjahres. Da betrug die Zahl der Arbeitsgesuche 418, also ein weniger von 32. Die Gesamtzahl der Arbeitsgesuche betrug im Februar 4139, die bei

offenen Stellen 927 und die der Befetzten wie schon erwähnt 726. Ungleich günstiger stellten sich diese Zahlen im Januar, wo die Zahl der Arbeitsgesuche 1886, die der offenen Stellen 798, die der Befetzten 569 betrug. Die Arbeitsgesuche weisen also eine Vermehrung von 2253 auf, während die Zahl der Befetzten Stellen nur um 155 stieg. Zu überschwenglichen Hoffnungen bieten diese Zahlen absolut keinen Anlaß.

Die Lage des Roheisenmarktes ist unbedeutend günstig. Wie wir das letzte Mal nach der Köln. Volksztg. melbten, plante der Roheisenverband eine Erhöhung der Preise. Von der Verwirklichung dieser Absicht hat man nichts gehört, man glaubt davon absehen zu sollen, „weil der Bedarf bis 1911 schon ziemlich gedeckt sei“, d. h. mit andern Worten: bei dem gegenwärtigen Stand der Nachfrage können wir nicht ohne Gefährdung die Preise erhöhen, weil wir sonst fürchten müssen, daß die mit Bedarf vielfach versehenen Konsumenten noch mehr zurückhalten, als das jetzt geschieht. Das erwartete Frühjahrsgeschäft scheint sich überhaupt nicht in seinem vollen Umfang verwirklichen zu haben, der Export nach dem Ausland insbesondere läßt bangen zu wünschen übrig.

Von der prekären Lage des Stabeisenmarktes, der so lange durch die schwebende Frage über den Fortbestand der Stabeisenkonvention in Atem gehalten wurde, haben wir schon des öfteren berichtet. Es scheint nun, als ob die endliche Klarheit, die durch die Auflösung der Konvention geschaffen wurde, einen günstigen Einfluß auf den Markt ausgeübt hat. Während wir von einem anfänglichen Rückgang der Preise zu berichten wußten, haben sie sich in der letzten Zeit wieder befestigt. Unter 105 M. ist kaum Stabeisen zu erhalten.

Nach habe schon vorher berichtet, auf die immer größeren Schwierigkeiten hinzuweisen, welche die Bildung oder die Fortführung der Schuldfrage verursachen. Die Stabeisenkonvention wurde nicht mehr erneuert, das gleiche Schicksal ereilte das deutsche Ruhrkohlenprodukt, das am 31. März der Auflösung anheim fiel. Es war dies das letzte Schicksal, das im Ruhrkohlenmarkt noch bestand. Im Jahre 1902 gegründet, hatte es seine eiserne Arbeit begonnen, als die Mannesmann-Ruhrwerke aus dem Schuldverhältnis auswichen. Es wird abzuwarten sein, wie sich die Preisbildung im freien Wettbewerb gestaltet; nach den Preisen der anderen Ruhrkohlenfabrikate zu schließen, sind die Aussichten keineswegs günstig. Die Ruhrkohlenindustrie ist wieder ein starker Beweis dafür, wie wenig volkswirtschaftliche Gebührensätze bei der Frage der Fortführung eines Schuldverhältnisses eine Rolle spielen, wenn es einzelnen großen Werken gewinnbringender scheint, Markt und Preis für sich allein zu bestimmen.

In Amerika entwickelt sich der Markt, nachdem ein schwerer Rückschlag eingetreten war, wieder in aufsteigender Linie. Die Hochöfen des Stahlwerks sind jetzt mit 72 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt. Hier wollen wir übrigens hervorheben, daß die unabhängigen Werke in Bezug auf die Stahlproduktion immer mehr Gebiet an sich reißt. Noch 1901 hat der Stahlwerk 66,2 Proz. der Stahlproduktion gestellt, im Jahre 1910 waren es nur noch 56 Prozent! An der Roheisenproduktion hat er dagegen die Stellung im gleichen Umfang behauptet, wie er sie am Anfang besessen hat.

Aus England kommen Klagen über vollständiges Kollabieren des Roheisenmarktes; der Export läßt viel zu wünschen übrig. Dagegen ist der Markt in Galizien und Stahl durchaus befriedigend.

Die Entwicklung, welche die deutsche Elektrizitätsindustrie nimmt, war vor kurzer Zeit Gegenstand der Erörterung im Reichstags. Veranlaßt wurde sie durch den Jahresbericht der Vereinigung der elektrischen Spezialfabriken, diese beschäffigten von den in der Elektrizitätsindustrie tätigen 130.000 Arbeitern ca. 60.000. Der Jahresbericht beklagt sich bitter über die zunehmende Vertrocknung in der Elektrizitätsindustrie. Bekanntlich beherrschen hier zwei große Gruppen den Markt, die Siemens-Schuckertwerke und die allgemeine Elektrizitätsgesellschaft. Mit Recht wandte man sich im Reichstag gegen diese Entwicklung und verlangte insbesondere, daß der Staat bei Installationen sich der Spezialfabriken bediene. Im übrigen war die Debatte aber eine ziemlich fruchtlose. Was die Lage dieser Industrie betrifft, so ist sie auf allen Gebieten befriedigend.

Von den vorliegenden Geschäftsberichten bietet der der Donnerstagsmärkte, oberschlesische Eisen- u. Kohlenwerke A.-G. Abzüge einiges Interesse. Das Aktienkapital dieses Unternehmens beträgt nach seiner Erhöhung im Jahre 1909 um 2,63 Mill. M. heute 12,62 Mill. M. Zur Verteilung kommt eine Dividende von 16 Proz. (14 im Vorjahr.) Die Roheisenproduktion zweier bzw. dreier Hochöfen betrug 69.200 T., davon verbrauchten die Werke in den eigenen Werken 14.675 T.; 57.709 T. wurden verkauft. Im letzten Jahr betrug die Produktion 64.500 T. Die Eisengießerei, Maschinenbauanstalt und Kesselschmiede lieferten 26.012 T. an Fertigwaren.

Wer ist ein Gewerkschaftler?

Unsere christlich-nationale Arbeiterbewegung hat in der letzten Zeit eine erfreuliche Entwicklung zu verzeichnen. Tausende christlicher Arbeiter sind durch rege Agitationsarbeit für unsere Sache gewonnen worden. Man ist es selbstverständlich, daß man alle diese Neulinge in unserer Bewegung nicht sofort als vollwertige Gewerkschaftler ansehen kann und darf. Aber auch unter denen, welche schon längere Zeit als Mitglied in den Listen ihrer Berufsverbände aufgeführt sind, finden wir noch solche, die auf den Namen Gewerkschaftler keinen Anspruch erheben können.

Der aufmerksame Beobachter kann auch unter organisierten Arbeitern sozusagen verschiedene Gruppen unterscheiden, in welchen sich zeigt, inwiefern der einzelne von echt gewerkschaftlichem Geiste erfüllt ist. Da sind zunächst die „Mittelgewerkschaftler“. Durch den Druck der organisierten Arbeitskollegen haben sie sich, um eben nicht allein zu stehen, der Organisation angeschlossen. Im übrigen ist ihnen das gewerkschaftliche Leben völlig fremd, ja sogar zuwider. Bei der nächsten Gelegenheit, sei es durch Wechsel der Arbeitsstelle, sei es aus anderen Gründen, werden sie der Gewerkschaft den Rücken kehren.

Eine andere, mit der ersten gleich zu wertende Gruppe bilden diejenigen, welche nur aus materiellem Interesse und beigetreten sind. Man hat sie mit dem wenig schmeichelfhaften Namen „Kassenmarber“ belegt. Wo und so lange es eben geht, zehren diese „Jahresmenschen“ an den Unterstützungseinrichtungen und berechnen genau, wie sie auf ihre Kosten kommen. Ist dann absolut nichts mehr zu holen, dann: „Adieu Verband!“

Sind die beiden bis jetzt gekennzeichneten Typen in unserer Bewegung, Gott sei Dank, nicht häufig anzutreffen, so wird aber die folgende Gruppe leider einen größeren Prozentsatz ausmachen. Man könnte sie „Gewerkschafts-„Kassensammler“ nennen. Sie sind zwar überzeugt von dem Zweck und dem Nutzen der Organisation, aber diese Überzeugung ist nicht durchdringend genug. Sie kommen aus Gewohnheit in die Versammlungen — oder bleiben ihr aus Gewohnheit fern; dem Verbandsorgan schenken sie keine, oder nur sehr wenig Beachtung. Bei der Agitation brücken sie sich, wo sie können. Zur Übernahme eines Vorstandes oder Vertrauenspostens sind sie überhaupt nicht zu bewegen. Am liebsten lassen sie anders arbeiten und sind selbst nicht gern belästigt.

Man ist es aber auf die Dauer unmöglich, mit derartig gesonnenen Kollegen unsere Gewerkschaftsbewegung hoch zu halten. Schon daraus ergibt sich, daß ein eigentlicher Gewerkschaftler, also einer von denen, die gleichsam unsere Bewegung stützen und tragen, ganz anders aussehen muß. Vor allen Dingen muß der christliche Gewerkschaftler Sozialismus besitzen. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung muß ihm ein Stück Lebensinhalt sein. Keine Mühen und keine Opfer darf er scheuen, um die gute Sache zu fördern, um sie zu dem zu machen, was er sich im Geiste unter ihr vorstellt. Er muß durchdrungen sein von dem Verständnis für die kulturell-sittliche und volkswirtschaftliche Bedeutung der christlichen Arbeiterbewegung. Dazu muß er aber auch einen nüchternen und klaren Blick haben für die Aufgaben, die die Gegenwart an sie stellt. Das Wohl der Gesamtbewegung muß ihm stets die Richtschnur sein, für alle seine Arbeiten. „Sozialismus, gepaart mit Fluger und fühler Ueberlegung“, das sind die Grundtugenden eines tüchtigen Gewerkschaftlers.

Solche Kollegen müssen wir haben und ist es Aufgabe aller dieser, die nach dem Gesagten den Namen „Gewerkschaftler“ für sich beanspruchbar, in diesem Geiste erzieherisch zu wirken.

Keine Solidarität ohne Mitbestimmungsrecht!

Die sozialdemokratische „Metallarbeiterzeitung“ entzündete sich in ihrer letzten Nummer künstlich über das Verhalten der christlichen Arbeiter auf der Dortmunder „Union“. Zwei öffentliche Versammlungen, die sich mit dem Streik auf der „Union“ beschäftigten, haben am Freitag, den 31. März in Dortmund stattgefunden. Einmütig erklärten die in großer Zahl erschienenen christlichen Arbeiter aller Berufe, daß der christliche Metallarbeiterverband verpflichtet gewesen sei, dem sozialdemokratischen Terror entgegen zu treten und den Streik der Maschinenisten und Geizer nicht anzuerkennen. Obgleich die weiteste Möglichkeit geboten war, in der Versammlung einen anderen Standpunkt zu vertreten, hatten die sozialdemokratischen „Führer“ nicht den Mut, den Referenten der christlichen Arbeiter entgegen zu treten. In demagogischer Manier will nun die „Metallarbeiterzeitung“ dadurch für sich die Situation retten, daß sie schreibt:

„Die Zeitung des „christlichen“ Metallarbeiterverbandes hatte sich aber schon vor den Genossen. D. Red.) schriftlich an die Direktion gewandt und sich in empfehlende Erinnerung gebracht. Man ersuchte die Direktion, bei einer eventuellen Lohnaufbesserung die christlichen Mitglieder zu berücksichtigen.“

Wer sich noch ein klein wenig gesundes Denken bewahrt hat, dem leuchtet ohne weiteres ein, daß nicht die christlichen Arbeiterführer, sondern die Sozialdemokraten an dieser Zersplitterung schuld sind. Wenn die christlichen Gewerkschaften bei einer Bewegung rücksichtslos ausgeschaltet werden, so haben sie die Pflicht, selbstständig für die interessierten Mitglieder die Rechte zu wahren bei allen im Betracht kommenden Stellen. Traf es sich nun in Dortmund, daß die Eingabe der christlichen Arbeiter noch vor der Eingabe der Genossen bei der Werkleitung einlief, so sind doch die Sozialdemokraten allein daran schuld, weil sie die ehelich angebotene gemeinsame Eingabe höhniisch abgelehnt haben.

Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband, dem das Verleumben und Verdächtigen in diesem Falle Mittel zum Zweck ist, hat auch noch vor kurzem für sich in Dortmund einen andern Standpunkt eingenommen. Heute gibt er sich zufrieden ohne jede Vertretung, der Heizer- und Maschinenverband macht alles allein; darum sollen auch wir zufrieden sein.

Als vor kurzem auf der Zimthütte in Dortmund die Lohnbewegung ausbrach, verhandelten die Arbeiterausführenden Mitglieder, welche sämtlich christlich organisiert sind, allein mit dem Arbeitgeber. Bei Ausbruch des Streiks aber forberten die Beamten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes und auch die Hirsch-Dundersche ihrerseits Vertreter ihres Verbandes in der Kommission. Unser Verband stimmte dem zu und es erhielten Christlicher Metallarbeiterverband 2, Sozialdemokratischer Metallarbeiterverband 1, Hirsch-Dundersche 2 und Polen 1.

Kraßer noch tritt die Doppelmoral der Genossen hervor, wenn wir den Streik in Bünen mit dem „Putsch“ auf der Dortmunder „Union“ in Parallele stellen. In Bünen kam unser Verband mit einer ca zehnfachen Majorität in Frage. Trotzdem verlangten der sozialdemokratische Metallarbeiterverband und der Hirsch-Dundersche Gewerkschaft für sich die Hälfte der Kommissionsmitglieder.

In, Bauer, das ist was anderes! Bei dem Streik auf der „Union“ handelt es sich um einen sozialdemokratischen Putsch, den die Genossen vom roten Maschinenverband in Szene setzten, da verzichtet der große rote Bruder. In Bünen aber, wo die Christlichen die Übergroße Mehrheit haben, da will der Sozialdemokratische Metallarbeiterverband mit den Hirsch-Dunderschen die gleiche Stärke in der Kommission bilden, wie die Christlichen. Es bedürfte dieser Gegenüberstellung nicht, um das Recht auf Anerkennung und Mitbestimmung für die christlichen Metallarbeiter zu begründen. Dieses Recht ist ohne weiteres gegeben, wenn man von den christlichen Arbeitern Solidarität verlangt. Auch in Dortmund konnte der christliche Metallarbeiterverband um so weniger darauf verzichten in der Kommission vertreten zu sein, weil gerade in letzter Zeit die Art der Streikführung bei den Genossen geradezu gebieterisch eine Kontrolle verlangt, wenn man sich den Vorwurf nicht mit zuziehen will, Arbeiterregimenten leichtfertig auf's Spiel gesetzt zu haben. In Pforzheim haben wir eine solche Wille sozialdemokratischer Gemeinlichkeit erlebt. Oberstein, Sietlin, Mannheim, und jetzt auch in Dortmund, der durch Schuld der Genossen verlorene Streik auf der „Union“ zeigen den christlichen Metallarbeitern, daß der christliche Metallarbeiterverband alle Ursache hat, den Sozialdemokraten auf die Finger zu sehen, wenn sie Streiks einleiten. Der Ausspruch des Genossen Kronshage in einer Versammlung der Arbeiter der „Union“ der christliche Metallarbeiterverband müßte auch im Interesse der sozialdemokratischen Partei ausgesprochen werden, zeigt uns die Nr. 13 des „Stahlarbeiter“ wegen seinem neuesten Streikbruch in Solingen das Heinesche Zitat widmet:

„Gott gab uns nur einen Mund, Weil zwei Mäuler ungesund. Mit dem einen Mäule schon Schwätzt zubielt der Erdensohn. Wenn er doppelmäulig war, Kräß' und Iß' er auch noch mehr. Hat er jetzt das Maul voll Drei, Muß er schweigen unterdessen, Hätt' er aber Mäuler zwei, Läge er sogar beim Feien.“

Wenn die Wortführer vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband bezüglich ihrer Glaubwürdigkeit von ihren eigenen Genossen so eingeschätzt werden, dann müssen die christlichen Arbeiter, was sie von diesen Herren und ihrem Streikbruchgeschrei zu halten haben.

Aus der Arbeiterbewegung.

Eine neue Feße gegen den christlichen Staats- und Gemeindearbeiter-Verband.

Durch die sozialdemokratische Presse geht eine Notiz, nach der gegen den Zentralvorstand des genannten Verbandes, der Landtagsabgeordneten Oswald, den 2. Vorsitzenden Peter Trenmel und den Zentralassistenten Sartier seitens der Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Betrug und Bilanzverfälschung eingeleitet sei. Diese Notiz ist die Fortsetzung einer Feße, die im August vergangenen Jahres gegen den Verband einwirkte und zwar infolge einer Denkschrift, die der frühere Verbandsbeamte Johannes Wolf, der vom Zentralvorstand seines Amtes entsetzt werden mußte, als Ratgebers geschrieben hatte. Der Inhalt dieser Denkschrift ist Gegenstand einer noch schwebenden Privatklage, die gegen Wolf angestrengt wurde. In der Zwischenzeit hat Wolf bei der kgl. Staatsanwaltschaft Klagen eingereicht, die sich ungefähr mit dem Inhalt der Denkschrift deckt. Die kgl. Staatsanwaltschaft hat zunächst die größte Mühe, aus dem verworrenen Inhalt der Denkschrift herauszufinden, was der Denunziant eigentlich

wollte. Nachdem dies auf Grund einer Rückfrage festgestellt war, ging der Staatsanwalt pflichtgemäß der Sache nach, sah sich aber sofort nach Prüfung der Angelegenheit veranlaßt, von der Eröffnung eines Verfahrens abzusehen, da auch nicht der mindeste Grund hierfür vorlag.

Der ganze Vorgang ist ein neuer Beweis dafür, wie strupellos die sozialdemokratische Presse mit der Ehre ihrer Mitmenschen umgeht und wie ihr jedes Mittel recht ist, um den verhassten christlichen Gewerkschaften einen Schlag zu verfehlen.

Terrorismus und Schwindel.

Deffentlich gerügte sozialdemokratische Terrorismusfälle werden fast regelmäßig in der sozialdemokratischen Presse — anscheinend ohne jede Nachprüfung — einfach als Schwindel bezeichnet. Infolge dieser Taktik sah sich der „Vorwärts“ Nr. 71/1911 gezwungen, eine Pressegesellschaftliche Verurteilung eines Mitgliedes unserer Berliner Ortsverwaltung zu bringen. In unserer Nr. 9 brachten wir eine Korrespondenz aus Berlin, worin dargelegt wurde, wie man dem betreffenden Kollegen sein Mitgliedsbuch abschwindelte, um seinen „freiwilligen“ Uebertritt in den roten „Deutschen Metallarbeiterverband“ zu bewirken. Der „Vorwärts“ hatte darauf unter der Stichmarke „Wieder ein Terrorismus-Schwindel“ behauptet, der Uebertritt sei „durchaus freiwillig“ erfolgt; wer nun aber in Wirklichkeit geschwindelt, zeigt die nachstehend wiedergegebene Verurteilung:

„Die in Nr. 66 des „Vorwärts“ vom 18. März unter dem Titel: „Wieder ein Terrorismus-Schwindel“ aufgestellte Behauptung, daß mein dort in Frage stehender „Uebertritt durchaus freiwillig“ vom christlichen zum „Deutschen Metallarbeiterverband“ erfolgt sei und ich auf Grund Drohung meines älteren Bruders den Uebertritt rückgängig gemacht hätte, ist unmaß.

Wahr bleibt hingegen, daß meine Ueberbeschreibung zum Deutschen Metallarbeiterverband, nachdem mir mein Mitgliedsbuch unter dem Vorwand der Einsichtnahme von dem Anreißer Hoffmann weggenommen war, durch den Vertrauensmann Schmidt, trotz meines Protestierens, bewerkstelligt wurde.

Ferner ist wahr, daß die in Frage stehenden deutschen Metallarbeiterverbandsmitglieder Hoffmann und Schmidt mich erzwungen, zweiseitige Regelung des Falles mit dem Verbandsbüro zu gehen. Als ich dort ankam, mußte man mir im Weisheit des ersten Bevollmächtigten Herrn Wolf Cohen zu, eine Erklärung zu unterschreiben, wonach mein Uebertritt freiwillig erfolgt sei.

Als ich diese Forderung ablehnte, wurde ich mit dem Bemerkten, ich sollte das deutsche Metallarbeiterverbandsmitgliedsbuch wiederbringen, dann erhielt ich mein altes Buch retour, kurzerhand entlassen. Die Abholung meines christlichen Metallarbeiterverbandsmitgliedsbuches konnte deswegen nicht gleich erfolgen, weil ich an einer Fußquetschung krank zu feiern genötigt war.

Nach demselben Muster wird jetzt die Wahrheit ins Gegenteil umgekehrt bei einer schmachvollen Lamage, die sich sozialdemokratisch organisierte Holzarbeiter in einer Möbelfabrik Pauli in Köln holten. Hier verlangten die sozialdemokratischen Verbände die Entlassung eines kürzlich eingestellten christlichen Holzarbeiters, des einzigen im Betrieb bei 70 Arbeitern. Der Firmeninhaber lehnte dies ab und ließ die Genossen, als sie rabiat wurden, den Betrieb von außen ansehen. Als der christliche Holzarbeiterverband jetzt ernstlich Miene machte, die Stellen der Terroristen zu besetzen, ließen letztere zum Arbeitgeber und haben de- und wehmütig um ihre Wiederanstellung; der Lokalbeamte des roten Verbandes und selbst die Frauen der „Genossen“ bemühten sich — es sollen sogar Tränen geflossen sein —, jodaß der Arbeitgeber schließlich Mittel empfand und die Leute wieder in Gnaden annahm, mit Ausnahme des sozialdemokratischen Vertrauensmannes und Räubersführers, an dessen Stelle ein zweiter christlicher Gewerkschaftler in Stellung trat. Dies der wahrheitsgemäße Sachverhalt. Und nun gehen Artikel durch die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftspressen, in denen die Tatsachen mit jeder Stirne abgeleugnet werden. Der offensichtlichste Terrorismus der unzulässigen „Genossen“ wird in einen angreifreichen Vorwurf des christlichen Verbandes und die schmachvolle Niederlage der Terroristen in ein Fiasko der Christlichen umgelogen — eine Unberühmtheit, die ihres Gleichen sucht.

Roter Terrorismus.

In Saarbrücken, wo es der sozialdemokratische Schneiderverband unter Drohung der Arbeitsniederlegung erreichte, die Christlichen von den gemeinsamen Tarifverhandlungen auszuschließen, versuchen die Genossen jetzt nach dem Grundsatz „Entweder rot oder kein Brot!“ ihre wahre Freiheit zu betätigen. Bei der Firma Dilg wurde der christlich organisierte Schneider Kemmer eingestellt. Als Kemmer die Arbeit aufnahm, wurde, nachdem erst nach seiner Verbandszugehörigkeit gefragt, sofort erklärt, daß, wenn er dem christlichen Schneiderverband angehöre, er dort nicht arbeiten könne, da alles „rot“ organisiert sei. Als Kemmer hierauf nicht reagierte, wurde zweimal, einmal durch einen Beauftragten und das anderemal in corpore die zürige Entlassung des Christlichen unter Androhung der Arbeitsniederlegung verlangt. — Erstrecklichweise blieb die Firma fest und wies die Forderung entschieden zurück und so gaben sich die Terroristen nach dreiwöchentlichem Streik zufrieden, ohne ihren Zweck erreicht zu haben.

Ein zweiter Fall, der aber für die Terroristen von Erfolg war, geschah in Wiesbaden. Bei der Damenkleiderfirma Bacharach arbeitete der Schneider Wagner, der vor einem Jahre von der Firma aus Wien engagiert wurde. Schon lange war Wagner und andere, die christlich organisiert sind, den Freien ein Dorn im Auge und ersterer bestrebt, weil er den Freien keine Antwort schuldig blieb. Aber es fehlte immer noch ein Grund zum Vorgehen. Jetzt auf einmal sollte Wagner das kollegiale Zusammenarbeiten dadurch unmöglich gemacht haben, indem er geäußert hätte, daß, wenn die Freien die Arbeit niederlegen sollten, um die Christlichen aus dem Geschäft zu bringen, dann genüge ein Telegramm, und die Werkstätte wäre neu besetzt. Das hat rubia wahr sein. In solch einem Falle ist dies

nicht nur selbstverständlich, sondern eine Pflicht. Man lautet die Parole: „Entweder übertreten zu mir freien Verband, dann soll alles vergessen sein, oder —“ Am anderen Tage verlangte eine rote Kommission, indem noch sonstiges hinzugefügt und alles schon nach rotem Gechnack gepfeffert wurde, die Entlassung des Wagner und — Wagner war entlassen.

Mögen unsere christlichen Arbeiter allerorts aus diesen Vorfällen die richtige Lehre ziehen: Stärkung unserer christlichen Gewerkschaften!

Mundschau.

Die Zwangsliberalität im Arbeitgeberlager ist steuerpflichtig geworden. Das gebräuchliche Mittel der Arbeitgeberverbände, Aussperrungen besonders wirksam zu machen, ist, die Mitglieder durch Hinterlegung eines Solawechsels von beträchtlicher Höhe zur Solidarität zu zwingen. Dieser Wechsel wurde sofort in Umlauf gesetzt, wenn ein Arbeitgeber den Aussperrungsbeschluß nicht befolgte, und der Aussperrer mußte den Wechsel einlösen. Er wurde also für einen Mißtritt von der Verabredung in empfindlicher Weise an seinem Vermögen gestraft. Mancher kleine und mittlere Unternehmer, der gern hätte weiter arbeiten lassen, fügte sich, veranlaßt durch das Damoklesschwert des Solawechsels, „der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe,“ dem Aussperrungsbeschluß. Auch die entgegenstehenden Bestimmungen des § 152 Abs. 2 der Gewerbeordnung ändernten nichts daran. Nach diesen Bestimmungen kann man vor „Vereinbarungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen“ jederzeit zurücktreten ohne die vertraglich eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Der Wechsel enthielt eben nichts, was seinen eigentlichen Zweck erkennen ließ, sondern er war wie jeder andere Wechsel ausgestellt und mußte am Verfalltag eingelöst werden. Die Reichsfinanzreform brachte nun auch Aenderung der Wechselstempelsteuer, welche den Reaktionsfolawechseln derartige Schwierigkeiten machte, daß ihre Weiterverwendung den Arbeitgeberverbänden unzulässig erscheint. Jetzt werden neue Mittel gesucht, um die Fluktuation zu bannen und die Fabrikanten bei der Stange zu halten. Justizrat Dr. Fuld-Mainz, setzte nun in Nr. 7 der „Mitteilungen der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“ auseinander, wie dies zu geschehen habe. Er empfiehlt den Arbeitgeberverbänden die mit zahlreichen mittleren Betrieben zu tun haben, anstelle des Solawechsels das abstrakte Schuldbuch zu setzen. Dies könne im Umlaufprozess eingeklagt werden. Selbstredend mußte es so abgefaßt sein, daß jede Bezugnahme auf das zu Grund liegende Rechtsverhältnis unterbliebe. — Es ist uns ganz gleichgültig, wie die Arbeitgeber die Fluktuation in ihren eigenen Reihen zu bannen. Auf der Seite sollte man aber angesichts dieser offenkundigen Umgehung des § 152 Abs. 2 der G.-O. endlich das Gerede vom Terrorismus der „organisierten“ den „unorganisierten“ Arbeitern gegenüber einstellen. „Wer im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen!“

Eine einzigartige Feier fand am Sonntag, dem 2. April auf dem alten Friedhof der Berliner Luisenstädtischen Gemeinde statt, die Enthüllung eines Grabdenkmals für einen christlich-nationalen Gewerkschaftler. Dreitausend Buchdrucker aus dem ganzen Reich hatten ihrer Scherlein dazu getan, um dem vor 1 1/2 Jahren verstorbenen langjährigen Vorsitzenden des Gutenbergbundes, dem Buchdrucker Karl Mlig, einen Denkstein auf sein Grab zu setzen. Die Weiserode hielt der bekannte Förderer der christlich-nationalen Arbeiterbewegung Pastor Lic. Mumm.

Weil sie die Pausen der jugendlichen Arbeiter willkürlich verlegt hatten, wurden Geschäftsführer und Betriebsingenieur einer Neuffer Fabrik vom Schöffengericht wegen Vergehen gegen die §§ 136 und 146 der G.-O., jeder zu zehn Mark Geldstrafe verurteilt. Das Werk hatte die sogenannte englische Arbeitszeit eingeführt. Die jugendlichen Arbeiter wurden statt wie bisher um 6 Uhr schon um 4 Uhr entlassen. Dafür wurde die Mittagspause gekürzt und die Nachmittagspause ganz abgeschafft, sodaß eine achteinhalbstündige Arbeitszeit verblieb. Das Schöffengericht war zu einer Verurteilung gekommen, weil nach dem § 136 der G.-O. nur dann die Pause fortfallen kann, wenn die tägliche Arbeitszeit nicht mehr wie acht Stunden beträgt. Die Strafammer sprach als Berufungsinstanz die Beklagten frei. Das Oberlandesgericht war aber anderer Ansicht als die Strafammer. Das freisprechende Urteil wurde aufgehoben und die Angelegenheit an die Vorinstanz zur Festsetzung der Strafe zurückverwiesen. Das Oberlandesgericht sagt in seiner Begründung: „Die Angeklagten seien nicht berechtigt, sich beliebig über den klaren Wortlaut des Gesetzes hinwegzusetzen. Zur Aenderung der Pausen sei die Zustimmung der oberen Verwaltungsbehörde nötig, welche nicht nachgeschickt worden sei. Mit hin seien die Angeklagten auf jeden Fall wegen Vergehen gegen die §§ 136 und 146 der G.-O. zu verurteilen.“

Ist eine Tarifgemeinschaft auf prozessfähig? Diese bisher unstrittene Frage ist am 22. März d. J. vom Reichsgericht in bejahendem Sinne entschieden worden. Die Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker, vertreten durch ihr Tarifamt, war von ihrem früheren Mitgliede Buchdruckerbesitzer Fr. Billeßen beim Landgericht Berlin I verklagt worden. Gegen die Klage wendete die Tarifgemeinschaft ein, sie könne gar nicht verklagt werden, weil sie:

1. Ein soziales Gebilde sei, dem jede Parteifähigkeit abgehe, sie sei keine Gesellschaft, kein Verein, überhaupt in keiner Weise ein Rechtsgebilde.
 2. Habe sie keine gesetzliche Vertretung.
 3. Sei der Rechtsweg gegen sie unzulässig, weil der Buchdruckerarif die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte ausschließe und anordne, die Entscheidungen des Tarifamtes seien für alle Mitglieder rechtsverbindlich.
- Das Landgericht ließ diese Einwände nach den „Mitteilungen der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“ nicht gelten. Die Tarifgemeinschaft weise alle Merkmale auf, die nach Entscheidung des Reichsgerichtes Bd. 60, S. 94 ff. für einen nicht rechtsfähigen Verein gegeben seien; sie sei mithin nach § 50 der Zivilprozessordnung parteifähig. Das Tarifamt sei zur Vertretung der Tarifgemeinschaft vor Gericht legitimiert, wenn auch nicht ausdrücklich, durch Statut oder durch einen wirksamen Organ der Tarifgemeinschaft ausübe. Die Berufung an das Kammergericht und die Revision ans Reichsgericht waren erfolglos. Die Tarifgemeinschaft ist also prozessfähig, und sie kann wohl verklagt werden, aber selbst nicht klagen.

Eine Syndikatsmächtigkeit scheint bei unse-

Nun soll nach der „N. Westf. Zeitg.“ unter westdeutschen

Die Vereinigung rheinisch-westfälischer Eisenwerke will

Auch im Kohlenyndikat sind die Verhandlungen über den

Ein Zuberelchrei „Ab 31. März 1911 gußeiserne

Der „Maßgebende“ bei Deutsch-Lugemburg ist bekanntlich

Ein verkrachtes Gewerkschaftshaus. Diesmal

Das Stettiner sozialdemokratische Gewerks-

Beim sozialdemokratischen Heizer- und Ma-

Die Brauereien sehend, daß wir auf ihre ungenügen-

Es sind „Strategen“ die Leute vom Maschinen- und

Wenn Klassenkämpfer Unternehmer werden

dings am Gericht bestätigen lassen, daß sein „Kapitalistischer“

Die Verhandlung hatte insofern einen interessanten Hin-

Vor Gericht wurde ein geradezu „idyllisches“ Bild über den

Gohmann klagte, um seine Ehre reparieren zu lassen. Der

Gegen das Urteil legte der Verurteilte Berufung ein. Die

„Man machte diesen Gohmann zweidmähig zum Direktor

Die sozialdemokratische Presse und ihre Re-

Der Leitung obengenannten Verbandes ging aus Braun-

Ich bestätige hiermit, daß die Versicherung Wolfs, die

Der Inhalt dieses Briefes spricht Bände. Was sagen

Streiks und Lohnbewegungen.

Zum Zusammenbruch des sozialdemokratischen Streiks

Wie zu erwarten war, wurde der Streik auf der „Union“

Alle Bemühungen, Arbeitswillige zu erhalten, sind

Diese und ähnliche Nachrichten wurden von der „Ar-

Begründet wurde der Streik mit dem Umstand, daß in

Wohl selten ist ein Streik derartig rasch eingeleitet und

Genau wie in Pforzheim den sozialdemokratischen Führern

Faustbilde Lügen wurden im Verlauf des Streiks in die

„Bei der Dortmunder „Union“ sind wegen starken Boh-

Die „Christliche“ Taktik, denn Streik politische Motive

Die „Metallarbeiterzeitung“ behauptet in ihrer Nr. 14,

Im Interesse der von den Sozialdemokraten irre ge-

Röln-Chrenfeld. In der Waggonfabrik Herbrand u. G. haben die Arbeiter aller Verufe am 8. April die Kündigung eingereicht. Die Kündigung wurde in zwei überaus stark besuchten Betriebsversammlungen am 7. April beschlossen. Grund der Kündigung ist die ablehnende Haltung der Firma gegenüber den durch den Arbeiterausschuss eingereichten Forderungen. Die Forderungen umfassen: Die Festlegung der neuinständigen Arbeitszeit, welche schon einige Jahre im ganzen Betrieb besteht, eine zehnprozentige Lohnerhöhung für alle Arbeiter und aufsteile der bisherigen 14tägigen, die ständige Lohnzahlung. Das Werk, welches in den letzten Jahren bis 15 Prozent Rückgang abwarf, beschäftigt zurzeit circa 860 Arbeiter. Die Kündigungsfrist beträgt 8 Tage. Ist bis dahin keine Einigung erzielt, werden die Arbeiter in den Streik eintreten.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewerbern ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuliefern, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Eudern bei Arnberg i. W. Bei der Firma Winterhoff ist Zugang von Metallbrüchern, Schleifern und Klempnern fern zu halten.

Dortmund. Die Arbeiter der Zinkhütte stehen behufs Forderung des Prozentensystems im Streik.

Düsseldorf. Die Eisengießerei der Firma Schwarz ist für Former gesperrt.

Düsseldorfer-Berath. Die deutsche Maschinenfabrik ist für Dreher und Maschinenarbeiter aller Art gesperrt.

Schloß-Holte. Auf der „Holter Eisenhütte“ (Fab. Dr. G. Tenge) sind Differenzen ausgebrochen, wegen Kündigung zweier Kollegen. Zugang von Metallschmiedern, Schlossern, Formern und Hilfsarbeitern ist fernzuhalten.

Danzig. Auf der Seeschiffswerft F. Schichau ist Streik ausgebrochen. Zugang von Handwerkern und Arbeitern aller Art nach Danzig und Elbing ist fernzuhalten.

Cöln-Chrenfeld. Sämtliche Arbeiter der Waggonfabrik Herbrand u. G. stehen in Kündigung.

Zugang ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 16. April 1911 der lechzehnte Wochenbeitrag für die Zeit vom 16. bis 22. April 1911 fällig.

Die Ortsgruppe Wasseralfingen erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Extrabeitrages von 10 Pf. pro Woche ab 1. April ds. Jahres. Die Nichtbezahlung dieses Beitrages hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Adressenänderung.

Dortmund (Ortsverwaltung.) Die Geschäftsstelle befindet sich jetzt Westerblichstraße 64; Telephon 3879.

Aus dem Verbandgebiet.

Chemnitz. „Wohl wir nach Angabe der hiesigen sozialdemokratischen „Volkstimme“ nur durch eine „Handvoll Christen“ hier vertreten sind, müssen die Genossen doch einen furchtbareren Respekt vor uns haben. Das zeigte sich anlässlich einer von unserer Ortsgruppe auf den 31. März angelegten öffentlichen Versammlung. In den Versammlungen der streikenden bezw. ausgesperrten Arbeiter warteten die roten Führer ihre Schäflein davor, die Veranstaltungen der „Christlichen“, wo die Kollegen Reichert und Winter über das Thema: „Wo stehen die wahren Arbeiterfeinde?“ sprechen sollten, zu besuchen. Obwohl nun aus der Antikündigung nicht zu ersehen war, welcher Art von Arbeiterfeinden damit gemeint waren, merkten sie doch, daß es ihnen gelte. Na, Selbstkenntnis ist der erste Schritt zur Besserung. Um nun die Sache recht zugkräftig zu machen, stellten die Genossen am Eingang des Lokals einige Doppelposten auf, die nicht nur die roten, sondern auch die bürgerlichen Besucher vom Eintritt abzuhalten suchten. Aber trotzdem mußte das rote Sozialistatiden andern Tages wehklagend berichten: „Bis 9 Uhr kamen noch so viel im Deutschen Metallarbeiterverband organisierte Leute, daß das kleine Säldchen des „Preussischen Hofes“ gut besetzt er schien.“

Der Versammlungsleiter, Kollege Sarmakki, erteilte zunächst dem Referenten Kollegen Reichert das Wort. Reichert schilderte eingangs die gegenwärtige Wirtschaftslage und wies hierauf auf die Kämpfe hin, die uns in den nächsten Jahren zweifellos bevorstehen, zu denen der Werftarbeiterstreik und der jetzige Zustand nur das Vorpiel bilden. Bei diesen Auseinandersetzungen würden wohl weniger die materiellen, als die ideellen Interessen im Vordergrund stehen, es gelte da die Anerkennung der Gleichberechtigung des Arbeiterstandes zu erringen. Soziale Verständigung oder Fortsetzung des Kampfes sei die Parole. Eine Entscheidung zu unseren Gunsten könne nur dadurch herbeigeführt werden, daß sich die Massen der Organisation anschließen. Im Anschluß daran unterzog er das Finanzwesen des roten Metallarbeiterverbandes einer eingehenden Kritik. Lechterer sei seiner möglichen Kasseeverhältnisse wegen den Anforderungen, die in nächster Zeit an ihn herantreten dürften, nicht gewachsen. Die Ueberspannung des Unterhaltungswezens habe diese Ohnmacht zum Teil mit veranlaßt. Die Lage des Arbeiterstandes werde nicht durch Unterhaltungen, sondern durch praktische Standesarbeit gebessert. Bei der in Aussicht genommenen Finanzreform habe man, statt den Abbau des nebenwärtigen Unterhaltungswezens zu betreiben, die Reduzierung der Streikunterstützung ins Auge gefaßt!!! Da wäre es doch gleich zweckmäßiger gewesen, man hätte die Streikunterstützung ganz abgekürzt, damit die für sonstige Unterhaltungswezens erforderlichen Mittel frei würden. Damit hätte man wenigstens ganze Arbeit gemacht. Außerdem wäre die Umwandlung in eine Sterbelage zu empfehlen. Damit sich der rote Verband als Kampforganisation begreifen lassen könne.

Der Korreferent Kollege Winter ergänzte diese Ausführungen in vortrefflicher Weise. Bei dem innigen Hand-in-Hand-

arbeiten des „Deutschen“ Metallarbeiterverbandes mit der Sozialdemokratie ließ es sich nicht vermeiden, daß auch letztere ihr Teil erhielt; ein Genosse, dem die Diktatur hoch zu starr war, fragte, ob das denn eine positive Bestätigung sei. Die alte Weisheit: wie den Herren die Sache unangenehm, so scheint man sich nicht, nach Polizei und Staatsanwalt zu scheuen. Wie unabhängig von Seiten der roten Presse gekämpft wurde, geht daraus hervor, daß in einem speziell für den Abmontierensang, im Einverständnis mit der Ortsverwaltung des roten Metallarbeiterverbandes herausgegebenen Flugblatt sich folgende Gemeinheit findet:

„Endlich haben die „Neuesten Nachrichten“, die die Einrichtungen des Metallarbeiterverbandes zurückweisen, sich als Organ der Streikbrecherlumpen ansagen und den „Christlichen“ Arbeiterzersplitterern, wie den „Hirschen“ ihre Skalten weit geöffnet.“

Daß es daneben an den üblebsten Impöbelungen und Verleumdungen nicht fehlt, nimmt bei dieser Art Presse weiter nicht wunder, sie handelt eben nach dem im „Vorwärts“ Nr. 186/87 1905 veröffentlichten Rezept:

„Von dem Gegner weiß man, daß er nicht zu überzeugen ist, und in der Polemik sind deshalb alle Mittel eines energischen und rücksichtslosen Kampfes gestattet. Verleumdungen, leichtfertige Behauptungen und wahrer Tatsachen, um den Gegner herabzusetzen, sind nicht sittlich verwerflich.“

Wie sehr aber die Ausführungen unserer Referenten ins Schwarze getroffen, bewies das Jeteren der roten „Volkstimme“ am nächsten Tage. Die wohlverdienten Pöbele hatten gelesen und das Blättchen rächte sich dafür nach Straßensubnenart durch ein niedliches Beschimpfen auf Kollegen Winter. „Bild wie ein Anarchist schnipst er...“, meint das Blättchen, und nennt ihn dann weiter: „Lügnerisch“, „Christ“ und Reichsverbandsschüler“, „Juristen“, „umanitärlicher Arbeiterzersplitterer“, „Lügenkanonade“, „Truppenloscher Mensch“ etc.

Man sieht, die hiesigen Genossen sind tapfere Schreiber. Wer nun aber glaubt, von den nach Ansicht des Genossenblattes in unserer Versammlung so zahlreich aufwesenden Genossen hätte einer in der Diskussion zur Rechtfertigung der roten Freireteten das Wort ergriffen, sah sich schwer enttäuscht. Diese Helden finden es bequemer, dort, wo sie den großen Haufen bilden, den Gegner niedrigerzubrüllen oder ihn auf dem gebührenden Papier ihrer Presse zu beschimpfen.

Nach Beendigung der öffentlichen Versammlung erfolgte dann die Einführung unseres neuen Bezirksbeamten, des Kollegen Reichert. Für uns gilt es nun, auch hier in Sachsen an der Festigung unserer Position zu arbeiten. Mag sich die Sozialdemokratie demgegenüber noch so wild geben, das zeigt uns, da wir auf dem rechten Wege sind. Es fällt uns nicht ein, uns unsere Existenzberechtigung von der „Gnade“ und „Groszmüt“ der Genossen zu erbetteln. Mögen sie uns immerhin bekämpfen; im Kampfe ist unsere Organisation groß und stark geworden. Auch im „roten“ Sachsen werden wir uns unsere Position zu erringen wissen, und wenn die Roten darüber schwarz und blau vor Wut werden.

Langerwehe. (Nadler.) In der Nähe unseres Ortes liegt am Fuße der Eifel in einem schönen Tale, von einem silberhellten Bach durchflossen, ein kleiner Ort, genannt Schoenthal. Die Häuser sind meistens im Villenstil erbaut und Ausflügler von nah und fern, besonders von Aachen, machen dieses Schoenthal zum Ziel ihrer Erholungsausflüge. Dem Namen nach zu urteilen sollte man annehmen, daß auch sonst dort alles, auch für die Arbeiter, schön ist, was allerdings nicht der Fall ist. In diesem Tale hat sich im Laufe der Jahre auch die Industrie ein Nistchen ausgesucht. Die dortige Nadelfabrik, der Firma Schleicher gehörig, stand früher, besonders durch die Erfindung neuer Schauerbänke, auf der Höhe. Diese neuen Maschinen waren eigenes Produkt der Firma und leisteten bedeutend mehr als die alten Schauerbänke, welche auch noch in Aachen, der Heimat der Nadelindustrie in Gebrauch waren. Den Vorteil, welchen die Firma vor den übrigen Nadelabriken voraus hatte, hat sie sehr gut zu wahrer verstanden, indem sie an den Maschinen beschäftigten Arbeiter unter Eid verpflichtet wurden, das Geheimnis nicht zu verraten. Unter dem Druck dieses Eides wurden die Arbeiter jahrelang festgehalten, konnten eine andere Arbeitsstelle nicht auffuchen und waren dadurch behindert, ihre Lage zu verbessern. Eines Tages wurde dieser Damm durchbrochen, indem die betreffenden Arbeiter in Aachen neue Arbeit suchten. Klagen, welche die Firma wegen Eidbruch anstregte, wurden vom Gericht abgewiesen.

Auch heute hat sich die Lage der Arbeiter im „Schoenthal“ nicht gebessert; die Arbeitsbedingungen sind dort in unserer fortgeschrittenen Zeit die denkbar schlechtesten geblieben. Arbeiter in den besten Mannesjahren verdienen einen Durchschnittslohn bis zu 18 Mark die Woche und einige wenige nur kommen bis an 20 Mark Wochenlohn. Dafür hatten aber auch die Arbeiter das Vergnügen, wenn ein Waggon Kohlen an der Bahn stand, denselben für 23 Pfg. die Stunde abladen zu dürfen. Die Organisation aber, welche sich überall Bahnredens erwiesen hat, fand nun auch ihren Weg in dieses „Schoenthal“ und die Kollegen schlossen sich dem christlichen Metallarbeiterverband an. In einer Besprechung über die Angelegenheit wurden die Arbeiter sich einig, für den Preis von 23 Pfg. die Stunde keine Kohlen mehr zu laden. Als die Arbeiter bei der nächsten Ankunft der Kohlen sich weigerten, wurden sie bestraft und durften einen Tag zu Hause bleiben. Die Firma hatte aber die Rechnung ohne die Mitglieder der Ortsgruppe Langerwehe gemacht. Durch freiwillige Beiträge wurde den Kollegen der Lohnausfall ersetzt.

Die Firma war nun bereit, 25 Pfg. zu geben und betonte dabei, daß die Arbeiter ja nur durchschnittlich 25 Pfg. die Stunde verdienen. Das muß die Firma ja allerdings wissen. Von den sonstigen Bescheidungen der Arbeiter sei vorläufig nur diese angeführt. Die Nadeln werden von einem Meister nachgesehen, welcher nicht mehr über das beste Augenmaß verfügt. Bezeichnet dieser Meister nun die Nadeln als „ordinär“, so kann das für die Arbeiter in einer Lohnperiode unter Umständen einen Lohnausfall von 3 Mark bedeuten. Der Wochenlohn beträgt 18 Mark, Abzug 3 Mark, macht 15 Mark — und der Stundenlohn von 25 Pfg. ist erreicht. — Kollegen! wachst ihr noch lange für diesen Preis arbeiten? Schließlich auch alle dem christlichen Metallarbeiterverband an, dann wird sich auch eure Lage besser gestalten. G. W.

Markredwig. Die diesjährige Generalversammlung eines wässigen Besuch auf. Der Vorsitzende Kollege Märkl gab den Kassenbericht bekannt. Aus diesem ging folgendes hervor: Die Einnahmen für das verflossene Geschäftsjahr be-

trugen sich auf 175,50 M.; diesen standen Ausgaben gegenüber in Höhe von 43,61 M. An die Hauptkasse wurde der Betrag von 131,91 M. abgesandt. Die Kasse hatte einen Bestand von 0,85 M. Aus dem Geschäftsbuch ist folgendes zu entnehmen: Es fanden im Berichtsjahre 12 Mitgliederversammlungen und 4 Vorstandssitzungen statt. Die Mitgliederzahl betrug 12; Neuaufnahmen hatten wir 2 zu verzeichnen.

Die Auswahl des Vorstandes zeitigte folgendes Resultat: Kollege Josef Märkl wurde als 1. Vorsitzender einstimmig wiedergewählt; das weitere wurden gewählt die Kollegen Ferdinand Bachofner zum zweiten Vorsitzenden, Bernh. Schaffler zum Kassierer, Karl Kühn zum 1. und Josef Kopp zum 2. Schriftführer, sowie Josef Kasper und Ignaz Kaps zu Revisoren. Nach Erledigung einiger weiteren Angelegenheiten lokaler Natur ernannte der Vorsitzende in seinem Schlusswort die Kollegen zu recht eifriger Verbearbeit für unsern christlichen Metallarbeiterverband. Nur der Arbeiterfrage sein Teil an der Hebung des Standes bei, der in der Organisation gemeinsam mit seinen Standesgenossen für die Interessen seines Standes arbeite. Der Vorsitzende schloß seinen beifällig aufgenommenen Appell mit der Aufforderung, nun auch in Markredwig noch mehr als seither dahin zu arbeiten, daß hier die Stellung der christlichen Gewerkschaften gefestigt werde.

Rattingen. Gemäß einer Verfügung der Königl. Regierung soll in verschiedenen Kreisen des Bezirks u. a. auch in Düsseldorf-Land in eine eingehende Nachprüfung der durch Verfügung vom 24. Juli 1906 festgesetzten ortsüblichen Tagelöhne eingetreten werden. Da der ortsübliche Tagelohn bei der Unfallversicherung, weiter auch bei der Festlegung der Unterstufung der Familien der zu Friedensbüchungen einberufenen Mannschaften, nicht zuletzt aber auch für die Mitglieder der eingeschriebenen Hilfskassen von großer Bedeutung ist, nahmen die christlichen Gewerkschaften und der kath. und evangel. Arbeiterverein hierzu Stellung und brachten bei der Stadtverwaltung in Antrag, dahin zu wirken, daß der ortsübliche Tagelohn festgesetzt werde für männliche Personen über 16 Jahren auf 3,50 M., bisher 3,— M., für männliche Arbeiter unter 16 Jahren auf 1,80 M., bisher 1,50 M.; für weibliche Arbeiter über 16 Jahren auf 2,— M., bisher 1,90 M., unter 16 Jahren 1,50 M., bisher 1,10 Mark.

Briefkasten.

Redaktionsschluss für die nächste Nummer ist wegen des Osterfestes bereits Samstag vormittag.

Wir mehrere. Größere Einsendungen, die erst kurz vor Schluss der Redaktion eingehen, können mit dem besten Willen gewöhnlich in die betreffende Nummer des Organs nicht mehr aufgenommen werden.

Kollege F. S. Würzburg. Den Fall können wir von hier aus nicht beurteilen; wende dich an die Handwerkskammer.

Sterbetafel.

Solingen-Wald. Am 27. März starb unser treuer Kollege Josef Klein im Alter von 20 Jahren infolge eines Betriebsunfalles.

Schweinfurt. Am 31. März starb unser Kollege Michael Fischer im Alter von 36 Jahren an Lungenleiden. Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen!

Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Danzig Ohra. Freitag, den 21. April, abends 8 Uhr Selbstversammmlung im Cafe „Röhm“ früher „Freundschaftlicher Garten.“
Offen-Ortsverwaltung. Mittwoch, den 19. April, abends 8 1/2 Uhr bei Wink, Wendenstraße 299 Vortragsabend: „Soziale Einblicke aus Amerika.“ Referent: Reichstagsabgeordneter F. Wiesberts Zahreider Reichs Ehrenkrieger.

Offen-Stadt. Montag, den 17. April, vormittags 11 Uhr im „Alfredshaus“, Frohnhauserstraße 19 Mitgliederversammlung. Vortrag des Kollegen Dienrich: „Ist die Sozialdemokratie eine Arbeiterpartei?“

Offen-Wiltenscheid. Montag, den 17. April, vormittags 11 Uhr bei Malney, Wiltenscheiderstraße Mitgliederversammlung.

Offen-Necklinghausen. Montag, den 17. April, vormittags 11 Uhr bei Köhne, Frankfurterstraße Mitgliederversammlung mit Vortrag. **Welsenkirchen-Hüllen.** Mittwoch, den 19. April abends 6 1/4 Uhr Versammlung bei Nachbarschule.

Welsenkirchen-Bulme. Freitag, den 21. April abends 6 1/4 Uhr Versammlung bei Weidner.

Welsenkirchen-Kleingewerbe. Samstag, den 22. April abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Dirkes.

Freisd. Neben Freitag Abend zwischen 1/9—1/10 Uhr Geschäftsstunde.

Röln-Chrenfeld. Samstag, den 15. April, abends punkt 9 Uhr bei Kornbörcher, Kappelerstraße, Mitgliederversammlung.

Röln-Deuf. Sonntag, den 16. April fällt unsere Versammlung aus.

Röln-Deilbrück. Sonntag, den 16. April fällt unsere Versammlung aus.

Röln-Kall. Sonntag, den 23. April, morgens 11 Uhr Mitgliederversammlung im Lokale Scherob. Alle Kollegen erscheinen.

Königsbühl. Montag, den 17. April, nachm. 3 Uhr Mitgliederversammlung bei Herrn Wilh. Vogt in Wengen. Pünktlich erscheinen und Vorträge mitbringen. Referent: Kollege Goro, Rattowitz-Mannheim-Käfertal. Samstag, den 22. April Versammlung im Ennel.

Olberg. Montag, den 17. April (Dienstag) nachm. 4 Uhr Versammlung bei Hellerwonn in Wigae.

Viorheim-Brökingen. Samstag, den 22. April, abends 1/2 Uhr im „Erins Krog“ Mitgliederversammlung mit Vortrag des Kollegen Engler über „Die neuesten Erfindungen in der deutschen Arbeiterbewegung.“

Gewerkschaftssekretär gesucht.

Das Bezirkskartell der christlichen Gewerkschaften in Köln sucht zum baldigen Eintritt einen Sekretär. Es wird nur auf eine durchwegs tüchtige Kraft reflektiert, die auch auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung bewandert sein muß. Das Gehalt beträgt anfangs 160 M., steigend bis 200 M. pro Monat. Bewerbungen sind unter Beifügung eines selbstgeschriebenen kurzen Lebenslaufes und eines Aufjages über: „Die Aufgaben eines Kartellssekretärs“ bis zum 1. Mai zu richten an **Peter Dedenbach, Köln, Wallmenstraße 14.**